

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **35 (1955-1956)**

Heft 11

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur innenpolitischen Lage

Die Ungültigerklärung der *Initiative Chevallier*, die im Nationalrat mit einer sehr knappen Mehrheit, nämlich mit Stichentscheid des Präsidenten, erfolgte, hat bereits einem neuen Vorstoß gerufen. Die unter maßgebender Beteiligung der Kreise um Chevallier gestartete neue Initiative bewegt sich bezüglich der Zielsetzung ungefähr in der gleichen Richtung wie die erste; dagegen scheint das Bestreben vorzuliegen, alle jene formellen Unzuträglichkeiten auszuschalten, welche die erste Initiative belasteten. Es ist jetzt schon vorauszusehen, daß die Forderung auf Begrenzung des Militärbudgets mit fünfhundert Millionen Franken in der deutschen Schweiz eine scharfe Ablehnung erfahren wird. Bedauerlich erscheint, daß sich in der Reihe der Unterzeichner nicht nur der Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz befindet, sondern daß auch ein paar Theologen der religiös-sozialen Richtung die Initiative unterzeichnen. Die Diskussion über diesen neuen Vorstoß wird umfangreich und heftig werden, aber es ist zu hoffen, daß sie zu einer Abklärung der Differenzen zwischen der deutschen und der welschen Schweiz und zu einer Auflockerung jenes Malaise führen wird, das nach wie vor in den welschen Landesteilen Unruhe und Unzufriedenheit zur Folge hat.

Die Vorlage über den *Abbau der Bundessteuern* ist im wesentlichen gemäß den Anträgen des Bundesrates genehmigt worden. Lediglich beim Abbau der Wehrsteuer sind die Kammern etwas weiter gegangen als es die Vorlage des Bundesrates beabsichtigte. Erwartungsgemäß entwickelte sich eine besonders heftige Auseinandersetzung um die Abbaumaßnahmen bei der Warenumsatzsteuer. Hier sollte nach dem Willen der Sozialdemokraten erneut ein eigentlicher Einbruch in das System dieser indirekten Steuer erfolgen, indem für gewisse Kategorien ein Abbau bis zu 50% ins Auge gefaßt war. Der Nationalrat war gewillt, diesen Anträgen zu entsprechen, trotz der eindringlichen Mahnung des Vorstehers des Finanzdepartements, der insbesondere auf die in den Anträgen liegende Präjudizierung der definitiven Bundesfinanzordnung hinwies. Am Ende ist es hier wieder einmal der Ständerat gewesen, der zum rechten gesehen hat. In der Konsequenz seiner Haltung stellte er den Nationalrat vor das Dilemma, zuzustimmen oder die ganze Vorlage in die Luft gehen zu lassen. Vor dieser Sachlage ist dann der Volkskammer nichts anderes übrig geblieben, als den Anträgen des Bundesrates und den entsprechenden Beschlüssen des Ständerates zuzustimmen.

Bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang die *Haltung der Sozialdemokraten*. Eben erst in diesen Tagen hat die Bundeskanzlei die ansehnliche Zahl von über 180 000 Unterschriften für die sozialistische Initiative auf Steuerabbau festgestellt, welche sowohl die Wehrsteuer wie auch die Warenumsatzsteuer zum Gegenstand hat. Es ist aber unverkennbar, daß es sich dabei um einen rein propagandistischen Vorstoß gehandelt hat, um den die Sozialdemokraten angesichts der Stimmung unter den Steuerzahlern nicht mehr herumkamen. In Tat und Wahr-

heit sind sie einem Steuerabbau durchaus abgeneigt. Es genügt, hiefür in der «Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter Zeitung» vom 11. Januar 1956 den Artikel von Arthur Steiner nachzulesen, der den Titel trägt: «Beginnt der Ausverkauf bei Streulis?» Aus den Ausführungen des Präsidenten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes geht deutlich hervor, daß nach dem Willen unserer Sozialisten der Steuerzahler keine Erleichterung erfahren soll. Wenn es nach ihnen ginge, müßte der Bund in diesen guten Jahren nach Möglichkeit Gelder ansammeln, die dann bei späterer Gelegenheit vorsorglich zur Verfügung zu stehen hätten. Der Kern des Gedankens liegt dabei zweifellos in der Überlegung, daß dem Bund möglichst viele Mittel in die Hand zu geben wären, Mittel, welche der Stärkung der Staatswirtschaft und der Förderung des Interventionismus zu dienen hätten. Mit dieser offenkundigen Zielsetzung geht der Artikel von A. Steiner deutlich darauf aus, Ansätze zur Verwirklichung von Spartendenzen, wie sie u. a. in den Sparinitiativen zum Ausdruck kommen, von vornherein zu durchkreuzen. Denn es ist ein oft erprobter und deshalb in seiner Gültigkeit nicht zu bestreitender Grundsatz, daß alle Spartendenzen blockiert werden, sobald man dem Staat überschüssige Mittel zur Verfügung stellt. Es erscheint deshalb um so erfreulicher, daß es gelungen ist, durch den Steuerabbau im Bund — dem sich gleiche Maßnahmen in zahlreichen Kantonen anschließen — die Tendenzen vorerst zu durchkreuzen, wie sie in dem Vorstoß dieses leitenden Gewerkschafters zum Ausdruck kommen.

Zweifellos wird man im Lager derer, die sich zu den Grundsätzen der freien Wirtschaft bekennen, auch in Zukunft auf der Hut sein müssen. Das beweist die Gründung der «*Aktionsgemeinschaft der Arbeitnehmer*», die nach längeren Vorstudien und Verhandlungen kürzlich erfolgt ist. Die Aktionsgemeinschaft umfaßt den Schweizerischen Gewerkschaftsbund, die Vereinigung der schweizerischen Angestelltenverbände und den Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe. Unter den Postulaten der Aktionsgemeinschaft figurieren neben der selbstverständlichen Erhaltung der Vollbeschäftigung der Kampf gegen die Teuerung, die Verkürzung der Arbeitszeit, ferner die Erhaltung der Mietzins- und Preiskontrolle und die Verbesserung der Reallöhne. Es ist unschwer zu erkennen, daß die beiden erstgenannten Forderungen zu einem Teil dazu bestimmt sind, die Konkurrenz des Landesrings, die sich, wie man weiß, bei den Nationalratswahlen bis in die Arbeiterkreise hinein unliebsam bemerkbar gemacht hat, nach Möglichkeit loszuwerden. Vielleicht ist auf den Landesring auch die Wendung in der Begründung der Forderungen der neuen Aktionsgemeinschaft gemünzt, wo es heißt: «Die Kapitalbildung soll im Dienst der Verbesserung unseres Wirtschaftsapparates stehen und darf nicht zu politischen Machtballungen führen.» Zu einigen Bemerkungen scheinen die beiden letztgenannten Postulate Anlaß zu geben. Die Gewerkschaftskorrespondenz hat nämlich einen längeren Kommentar zu der Neugründung gegeben, aus dem hervorgeht, daß auf die Erhaltung der Preiskontrolle ganz erhebliches Gewicht gelegt wird. Dies geht auch deutlich hervor aus dem Begleitartikel, den Nationalrat Dr. Max Weber in der «*Berner Tagwacht*» der Gründung der Aktionsgemeinschaft gewidmet hat. Offensichtlich soll also auch von dieser Seite aus der staatliche Interventionismus nach Möglichkeit gefördert werden, und deshalb ist gegenüber dieser Arbeitsgemeinschaft Vorsicht am Platz. Im übrigen hat, wie man weiß, die Linke das Jahr 1956 bereits euphemistisch als das «*Jahr der Lohnbewegungen*» bezeichnet. Das Postulat «*Verbesserung der Reallöhne*» im Kreise der Forderungen der neuen Arbeitsgemeinschaft weist in diese Richtung. Der Kom-

mentar der Gewerkschaftskorrespondenz unterstreicht diese Forderung mit aller Deutlichkeit, und auch der Artikel von Dr. Weber rückt dieses Argument in den Vordergrund. Nun hat die Einmütigkeit, mit welcher das Bürgertum in Bund und Kantonen für die Verbesserung der Reallöhne des öffentlichen Personals eingetreten ist, gezeigt, daß man sich auf unserer Seite aufgeschlossen erweist für das Postulat, daß der Arbeitnehmer in vermehrtem Maße Anteil an der günstigen Entwicklung der Konjunktur haben soll. Die gleiche Aufgeschlossenheit beobachtet man im allgemeinen auch in der Privatwirtschaft. Andererseits wird aber ebenso sehr darauf zu achten sein, daß nicht die Inflationsspirale zu weit in Bewegung gesetzt wird. Der scheidende Delegierte für Arbeitsbeschaffung, Dr. Otto Zipfel, hat hiefür deutliche Worte gefunden. Geschähe dieses, so würde damit das Postulat der neuen Arbeitsgemeinschaft auf Bekämpfung der Teuerung in seiner Verwirklichung automatisch untergraben, womit die beiden Forderungen sich gewissermaßen gegenseitig aufheben würden. Außerdem wird man sich auch in Kreisen gerade der Gewerkschaften bewußt sein, daß die Grundlagen unseres Exports pfleglich behandelt werden müssen, dies um so mehr, als über die Entwicklung der internationalen Wirtschaftskonjunktur in der Zukunft immerhin einige Zweifel bestehen, so daß die bereits heute äußerst angespannte Konkurrenzlage auf den internationalen Märkten sich plötzlich weiter verschärfen könnte.

Das Postulat der *Verkürzung der Arbeitszeit* beschäftigt indessen nicht nur die Arbeitnehmer. Unlängst hat sich auch der «Zentralverband Schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen» mit der 44-Stunden-Woche auseinandergesetzt. Der Verband ist dabei zum Schluß gekommen, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit auf dem Wege der Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht grundsätzlich ausgeschlossen sei, doch dürfe keine Produktionsverteuerung daraus entstehen, die unsere Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland schwächen würde. Auch hier begegnet man also ganz natürlicherweise dem Argument der Exportlage. Außerdem weist der Zentralverband mit aller Deutlichkeit darauf hin, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit für das Gewerbe, insbesondere aber für die Landwirtschaft, zu ganz bedeutenden Schwierigkeiten führen müßte. Man wird im übrigen davon auszugehen haben, daß in der heutigen Lage, wo die Vollbeschäftigung laufend Überzeitarbeit bedingt, eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit irgendwie unrealistisch anmuten würde, also kaum durchführbar erschiene — ein Argument, das auch in Gewerkschaftskreisen geläufig ist. Außerdem ist immer wieder zu bedenken, daß dem Arbeitnehmer die Arbeitszeitverkürzung nur sinnvoll erscheint, wenn sie von einem vollen Lohnausgleich begleitet ist, daß aber gerade dieser Umstand eben zu jener Verteuerung der Produktion führen müßte, die es unter allen Umständen zu vermeiden gilt.

Militärische Umschau

Landesverteidigung im Umbruch

An der Generalversammlung der Schweiz. Offiziersgesellschaft am 12. Juni 1955 in Zürich stellte Bundesrat Chaudet erstmals eine Neugestaltung unserer Armee in Aussicht: Modernisierung durch Vermehrung der Feuerkraft und Stei-

gerung der Beweglichkeit — Herabsetzung der Bestände — Unterstützung von Aufmarsch und Einsatz der Feldarmee durch eine stärkere Luftwaffe — Sicherung der Bewegungen durch einen verstärkten Grenzschutz. Der Umbau soll die Schlagkraft der Armee und der zivilen Schutzorganisationen steigern, die Truppen verjüngen und eine Herabsetzung der Wehrpflicht ermöglichen¹⁾.

Die große bundesrätliche Rede wurde zunächst wenig und im allgemeinen zurückhaltend kommentiert. Mit der Zeit sickerten aber nähere Informationen über die geplante Strukturänderung durch und ließen die Öffentlichkeit aufhorchen. Im September 1955 erklärte der Generalstabschef am Comptoir Suisse, «die Schweiz bekenne sich nicht mehr zur Konzeption einer statischen Verteidigung fester Positionen». Vor den Militärkommissionen der eidgenössischen Räte soll die vorgesehene Strukturänderung noch deutlicher skizziert worden sein: Schaffung von 6—8 mechanisierten und gepanzerten Divisionen als Feldarmee, zusammengesetzt aus den jüngeren Jahrgängen, während die übrigen Mannschaften dem Luftschutz und dem Zivilschutz zugeordnet werden sollen²⁾. Am 2. Oktober 1955 eröffnete Bundesrat Chaudet den Parteitag der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz in Lausanne mit der Rede «Was wir von unserer Armee erwarten» und präzierte die notwendige Anpassung unserer Armee an das Atomzeitalter. Danach stehen bei der Studienarbeit zwei Hauptforderungen obenan: die sofortige Schaffung einer Truppenordnung, die allen voraussehbaren Entwicklungsmöglichkeiten Rechnung trägt, und die Vorbereitung einer Umgestaltung der Armee, deren zeitliche Staffelung erlauben soll, uns auch der künftigen Entwicklung der Waffentechnik laufend anzupassen. «Wir müssen zur reinen Kampfarmee zurückkehren und jene Aufgaben weglassen, die heute noch von Dienstzweigen der Armee erfüllt werden, aber ebensogut von zivilen Organisationen geleistet werden können . . . Wir können die Dauer der Wehrpflicht verkürzen und die militärischen Kurse auf die jungen Jahrgänge konzentrieren . . .»³⁾. Gegenüber den laut gewordenen Befürchtungen, die Strukturänderung der Armee führe zu einer Berufsarmee, stellte Bundesrat Chaudet mit aller Entschiedenheit fest, «daß wir in keinem Augenblick daran gedacht haben, die Grundprinzipien unserer Landesverteidigung, insbesondere die allgemeine Wehrpflicht und das Milizsystem, zu verlassen»⁴⁾.

In den Wochen des Wahlkampfes vor der Erneuerung des Nationalrates nahm die Diskussion über die Armeereform an Heftigkeit zu, um im gleichen Maße an Sachlichkeit zu verlieren. Kurz vor den Wahlen gestaltete die Schützengesellschaft der Stadt Luzern das Jubiläum ihres 525jährigen Bestehens zu einer wehrpolitischen Kundgebung, an der Bundesrat Chaudet erneut das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht, die Wehrform der Miliz und den Grundsatz der bewaffneten Neutralität als unentbehrliche wehrpolitische Konstanten unseres Bundes unterstrich, denen wir treu bleiben wollen⁵⁾. Im Dienste einer sachlichen Diskussion veröffentlichte die «Schweizerische Politische Korrespondenz (SPK)» im November eine Serie von Artikeln über die Frage der Anpassung unserer Armee an die Möglichkeiten eines Atomkrieges, die in zahlreichen Zeitungen abgedruckt wurde. In diesen Artikeln kommen in gleichberechtigter Weise die gegensätzlichen Meinungen über die verschiedenen Möglichkeiten unserer Landesverteidigung in Gegenwart und Zukunft zum Ausdruck. Die Artikelserie ist seither als Broschüre erschienen⁶⁾. Es ist ihr Verdienst, die *entscheidende Frage* jeder wehrpolitischen Diskussion klar formuliert zu haben: «Wie können wir unser Land am besten, am wirksamsten, mit der größten Aussicht auf Erfolg verteidigen⁷⁾?»

Für die notwendige *Anpassung der Armee an die Atomkriegführung* heben sich zwei prinzipiell verschiedene Möglichkeiten ab, die mobile und die stabile oder klassische Verteidigung. Die Fragestellung ist ganz klar ein Entweder — Oder. Die Forderung nach einer *beweglichen Kampfführung* durch eine weitgehend motorisierte und mit Panzern dotierte Infanterie wird in der erwähnten Artikelserie

von Oberstdivisionär Uhlmann und Oberst i. Gst. Wanner begründet. Sie geht von der Vision einer feuerkräftigeren, beweglicheren, dafür aber kleineren Feldarmee aus und sucht die Lösung in einer vermehrten Anwendung des Qualitätsprinzips. Oberstdivisionär Uhlmann hat seither seine Auffassung in der «Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift» erneut temperamentvoll dargelegt. In dem Aufsatz der Dezembernummer werden auch die Hauptpunkte der beiden vielbeachteten Bücher von Miksche («Atomwaffen und Streitkräfte») und Reinhardt und Kintner («Atomwaffen im Landkrieg») geschildert. In diesem Zusammenhang erwähnt Uhlmann noch den beachtenswerten Aufsatz von Heinrichs «Die Auswirkung taktischer Atomwaffen auf die Kampfführung und Gliederung von Heeresverbänden» in der Novembernummer 1955 der «Wehrwissenschaftlichen Rundschau» (Mittler & Sohn, Darmstadt). — Zugunsten der *stabilen Verteidigung* äußert sich Oberstdivisionär Jahn mit der Forderung nach einem im Mittelland zu errichtenden System von Abwehrstellungen, das nach allen Seiten verteidigt werden kann, sich an starke, quer durch das Mittelland verlaufende Geländelinien anklammert und im Jura und in den Alpen verankert ist. Oberst Jaquet betont den alten Grundsatz, daß die Verteidigung die stärkste Kampfform sei und hält es für besser, mit unseren Truppen im sorgfältig ausgewählten Gelände den Gegner zu erwarten und unter Feuer zu nehmen, als mit beweglichen Heereseinheiten zu fechten, die, allen Schlägen der feindlichen Luft- und Atomwaffe ausgesetzt, nach Auffassung des Verfassers der raschen Vernichtung nicht entgehen werden.

Die Forderung nach mobiler Verteidigung und einer entsprechenden Strukturwandlung unserer Armee geht zurück auf ein von Oberstkorpskommandant Gonard und den Oberstdivisionären Primault, Frick, Uhlmann und Züblin unterzeichnetes Exposé, das mit einer bedeutenden Verjüngung und Verkleinerung der Armee ein neues Rüstungsprogramm im Umfange von 3 Milliarden Franken für nötig erachten soll⁸⁾. Es soll sich bereits eine Mehrheit der Landesverteidigungskommission für den Grundsatz der mobilen Verteidigung entschieden haben, während Oberstkorpskommandant Nager den Standpunkt der stabilen Verteidigung vertritt.

Die Entscheidung über die künftige Kampfform unserer Armee, die Art ihrer Anpassung an die Atomkriegführung und die nötigen Strukturwandlungen liegt nun bei den politischen Behörden. Als oberste vollziehende Behörde hat der Bundesrat die militärpolitische Führung übernommen. Zunächst studiert die aus den Bundesräten Chaudet, Holenstein und Streuli bestehende Militärdelegation des Bundesrates die Probleme und hat zu diesem Zweck die Oberstkorpskommandanten Gonard und Nager als Exponenten der beiden Richtungen angehört. In der ersten Januarwoche hat sich bereits der Gesamtbundesrat mit diesen Problemen befaßt. Wertvolle Unterlagen für seinen Entscheid bietet ihm zweifellos die große Landesverteidigungsübung der zweiten Januarwoche, in der alle Belange einer totalen Landesverteidigung einbezogen wurden und an welcher der gesamte Bundesrat teilnahm. Nach einem von der SPK verbreiteten Artikel soll im Bundesrat die Absicht bestehen, das EMD mit weiteren Studien über die Möglichkeiten einer Heeresreform zu beauftragen⁹⁾. Diese Studien sollen die Schaffung größerer Beweglichkeit, größerer Feuerkraft und die Verstärkung des Geländes im Mittelland umfassen, sich aber auf detaillierte Vorschläge für eine erste Etappe beschränken,

¹⁾ Vgl. Wortlaut der Rede ASMZ Juninummer 1955 und «Revue Militaire Suisse» Julinummer 1955. ²⁾ «Badener Tagblatt», 28. 9. 55. ³⁾ «Bieler Tagblatt», 3. 10. 55. ⁴⁾ «Die Tat», 4. 10. 55. ⁵⁾ «Schweizer Schützenzeitung», 4. 11. 55. ⁶⁾ «Schweizerische Landesverteidigung wohin?», Verlag Stämpfli & Cie., Bern 1955. ⁷⁾ «Neue Berner Zeitung», 18. 11. 55. ⁸⁾ «Berner Tagblatt», 13. 11. 55. ⁹⁾ «Basler Nachrichten», 2. 1. 56. ¹⁰⁾ «Berner Tagblatt», 13. 11. 55. ¹¹⁾ «Ostschweiz», 26. 10. 55. ¹²⁾ «Berner Tagwacht», 28. 3. 55. ¹³⁾ «Volksstimme», 4. 7. 55.

die in keiner Weise die ganze weitere Entwicklung präjudizieren darf. Das Resultat der Studien soll einer Expertenkommission aus Vertretern der Armee, der zivilen Verwaltung, der Wirtschaft und der Politik unterbreitet werden, bevor der Bundesrat schliesslich entscheidet, welcher der beiden möglichen Wege für die Umgestaltung der Armee einzuschlagen sei.

In diesem Zusammenhang verweisen wir noch auf *Probleme der Armeeführung*, die unter verschiedenen Gesichtspunkten ebenfalls zur Diskussion stehen. Von militärischer Seite soll erneut die Einsetzung eines Friedensgenerals in der Funktion eines Armeeeinspektors verlangt werden, sowie die Bildung der Armeekorpsstäbe aus lauter Berufsmilitärs¹⁰⁾. Im Nationalrat hat der St. Galler Vertreter Eisenring am 6. Juni 1955 eine Motion eingereicht, die vom Bundesrat eine Erweiterung der Landesverteidigungskommission durch den Beizug von Sachverständigen aus Wissenschaft, Wirtschaft und aus der zivilen eidgenössischen Verwaltung verlangt. Am 20. September begründete Eisenring seine Motion damit, die rein militärische Zusammensetzung der Landesverteidigungskommission entspreche nicht mehr der totalen Landesverteidigung im Zeitalter der Atomwaffen¹¹⁾. Eine im Dezember 1955 von Nationalrat Gfeller eingereichte Motion kritisiert die Selbstergänzung der Landesverteidigungskommission und verlangt die Wahl der Armeekorpskommandanten durch die Bundesversammlung als Wahlbehörde. Während die Motion Eisenring im allgemeinen begrüßt wird, erheben sich höchst berechtigte Zweifel gegen die Motion Gfeller. Eine parlamentarische Wahl unserer Korpskommandanten würde weder eine tiefere Verwurzelung der Armee im Volke noch einen qualitativen Aufschwung herbeiführen. Der Soldat wäre vor parteipolitisch erfeilschten Kommandanten von unbehaglichen Gefühlen bedrängt.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, daß der vom Projekt Gonard verlangte und von Bundesrat Chaudet wiederholt vorgetragene Gedanke einer Verkleinerung unserer Armee durch Herabsetzung der Wehrpflicht weitgehend den aus ganz anderen Motiven vorgebrachten *Postulaten unserer Linksparteien* entspricht. Eine Motion des Kommunisten Bodenmann vom 21.12.1953 verlangte die Herabsetzung der Dienstzeit für Wiederholungskurspflichtige, und der sozialdemokratische Parteipräsident Bringolf warf in seinem Postulat vom 24.3.1955 die Frage auf: «Kann ohne Nachteile für die Landesverteidigung die Militärdienstpflicht des Wehrmannes vom sechzigsten Altersjahr auf das fünfzigste Altersjahr herabgesetzt werden¹²⁾?» Das am 3.7.1955 von einem ordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz aufgestellte Wahlprogramm enthält ebenfalls die Forderung auf Herabsetzung der Zahl der WK und die Reduktion der Dienstpflicht auf das 48. Altersjahr¹³⁾.

Die notwendigen und dringlichen Strukturwandlungen unserer Armee sind von größter Tragweite. Jeder pflichtbewußte Eidgenosse muß dazu beitragen, daß bei den kommenden Entscheidungen einzig und allein das Landesinteresse den Ausschlag gibt.

Miles

Bericht aus Westdeutschland

Bonn hat Sorgen mit der Innenpolitik

Zum ersten Male steht der Beginn eines neuen Jahres in der Bundesrepublik im Zeichen der Innenpolitik. Bundeskanzler Adenauer hat in der Neujahrsbotschaft mit besonderer Betonung von der Sozialreform gesprochen, die 1956 im Vordergrund stehen wird. Und die SPD, die Mitte Januar einen sogenannten Kleinen Parteitag

in Köln abhielt, hat bei der Aufstellung ihres Programms für 1956 mit keinem einzigen Satz der Außenpolitik gedacht, die bisher doch ihr Lieblingstummelplatz war.

Die ersten Anfänge der neuen Wehrmacht

Am ersten Werktag des neuen Jahres, am 2. Januar, wurden die ersten Freiwilligen, insgesamt 2000 Offiziere und Unteroffiziere, eingezogen und zu sechs Lehrkompagnien (vier für das Heer und je eine Lehrkompagnie für Luftwaffe und Marine) zusammengestellt und auf die drei Ausbildungslager (Heer: Andernach, Luftwaffe: Nörvenich, Marine: Wilhelmshaven) verteilt. Sie sollen den Grundstock für die Kader der neuen Streitkräfte bilden. Nach drei Monaten werden sie dann ihrerseits als Ausbilder für die nächsten Freiwilligen eingesetzt.

Die weitere Planung sieht etwa so aus: Bis Ende 1956 sollen die Kader der drei Panzergrenadierdivisionen aufgestellt sein, dann beginnt dasselbe für die drei Panzerdivisionen. Bis Herbst 1957 sollen die auf diese Weise gewonnenen Kader der 3 + 3 Divisionen halbiert und durch Auffüllung mit weiteren Freiwilligen, zu Kadern für sechs Panzerdivisionen und sechs Panzergrenadierdivisionen erweitert werden. Ende 1957 werden dann die ersten Wehrpflichtigen in die Kader-Divisionen einrücken.

Die neue deutsche Wehrmacht wird keinen Oberbefehlshaber im klassischen Sinne aufweisen. Zwar ist über die Frage des repräsentativen Oberbefehls, der dem Bundespräsidenten übertragen werden soll, seit Monaten diskutiert worden, aber bei dieser Debatte handelt es sich, wie gesagt, nur um die Befehls- und Kommandogewalt. Einen eigentlichen Oberbefehlshaber im militärtechnischen Sinne wird es nicht geben. Die Chefs der drei Waffengattungen Heer, Luftwaffe, Marine, sind vielmehr den jeweiligen NATO-Befehlshabern direkt unterstellt. Allerdings gibt es neben den drei Spitzen noch eine gleichgeordnete vierte Stelle, die sogenannte Abteilung Gesamtstreitkräfte, deren Chef General Speidel ist. Ihm obliegt die Koordinierung der drei Wehrmachtteile, und seine Funktionen entsprechen in gewisser Weise dem früheren Chef des Wehrmachtsführungsstabes.

Die Koalitionskrise

Das Jahr 1956 fing mit einer solennen Koalitionskrise an. Schon im vorangegangenen Jahr hatte es immer wieder größere und kleinere Zerwürfnisse zwischen der CDU (244 Sitze) und der liberalen Partei, der FDP (47 Sitze), gegeben. Die Pariser Verträge hatten reichlich Stoff geboten, desgleichen das Saarstatut und noch manche andere Frage von geringerer Dimension. Schließlich wurde das Verhältnis der beiden Parteiführer Konrad Adenauer und Thomas Dehler immer gespannter. Adenauer, ein Mann, der in unbeirrter Weise einen einmal als richtig erkannten Weg verfolgt, Dehler, ein impulsiver, etwas labiler Mensch, der häufig heute das Gegenteil von dem tut, was er gestern versprach, oder der morgen als Parteiführer eine Maßnahme scharf kritisiert, die er tags zuvor als Koalitionspartner gebilligt hatte.

Die Krise, deren Ausgang noch nicht endgültig entschieden ist, entzündete sich über der Frage des Wahlsystems. In Deutschland ist es nämlich, wie bei den meisten Ländern, denen es an staatsrechtlicher Tradition fehlt, Mode geworden, daß die herrschende Partei vor jeder neuen Wahl das Wahlrecht ändert. Zur Zeit gilt eine Mischform von Mehrheits- und Verhältniswahlrecht, die jedoch dem Proporz sehr viel näher als dem Majorz steht. Die CDU strebt nun ein möglichst reines Mehrheitswahlrecht an, weil sie glaubt, auf diese Weise die Idealform des angelsächsischen Zweiparteiensystems erreichen zu können. Die Oppositionspartei — die SPD — ist dagegen, weil sie in Deutschland, wenn die Verhältnisse sich nicht grundlegend ändern, kaum hoffen kann, mehr als rund 35 v. H. aller Stimmen auf sich zu vereinigen. Aber nicht nur die SPD ist gegen die beabsichtigte Ände-

rung des Wahlgesetzes, die ihr die Rolle einer Opposition in Permanenz zudiktieren würde (was kaum im Sinne der demokratischen Spielregeln sein kann), auch die FDP ist ein ferventer Gegner dieses Planes. Sie würde nämlich bei einem reinen Mehrheitswahlrecht fast vollkommen aufgegeben, weil ihre Anhänger — wie die aller liberalen Parteien — natürlich nirgends (oder nur an ganz wenigen Stellen) so massiert auftreten, daß sie die Mehrheit in einem Wahlkreis erobern könnten.

Die FDP hat gedroht, wenn Bundeskanzler Adenauer versuchen sollte, das Wahlsystem mit ganz knapper Mehrheit abzuändern, würde sie auf Landesebene allenthalben mit der SPD Koalitionen abschließen und die bestehenden bürgerlichen Regierungen aus dem Sattel heben. Theoretisch wäre dies mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz (also in acht von neun Ländern) möglich; doch ist kaum anzunehmen, daß eine solche Kombination, die in wirtschaftspolitischen Fragen so diametral entgegengesetzte Ansichten vertritt, von langer Dauer sein würde. Es ist also wohl anzunehmen, daß man sich auf einen Kompromiß einigt.

Die Kommunisten fassen in den Betrieben Fuß

Im Dezember 1955 fanden in der Westfalen-Hütte, einem der großen Werke im Ruhrgebiet (12 000 Arbeiter), Betriebsratswahlen statt. Ergebnis: 16 Kommunisten, 7 Sozialisten, 2 Christlich-Demokraten. Einen Moment hielt der ganze «Ruhrpott» den Atem an — war das die Ankündigung einer kommunistischen Machtübernahme? Ist dies die Verwirklichung der von manchen beschworenen, von niemand ernst genommenen Drohung, die KP werde, seit sie ihre Sitze im Bundesparlament verlor, ihre Aktivität in die Betriebe verlegen?

Nach diesem sensationellen Erfolg der Kommunisten, den kein Mensch erwartet hatte, am allerwenigsten die Betriebsleitung der Dortmunder Hütte, die bekannt für ihre vorbildlichen sozialen Einrichtungen ist (Sportplätze, Kindergärten, Schwimmbad; Facharbeiter verdienen 720 DM monatlich; 600 Mann fahren täglich im eigenen Wagen zur Arbeit, rund 15 v. H. sind motorisiert), begann man besorgt die Betriebsräte anderer großer Werke zu analysieren. Es zeigte sich, daß bei Krupp in Essen in dem 35köpfigen Betriebsrat zehn Kommunisten sitzen; bei Phoenix-Rhein-Rohr gehören von 25 Betriebsratsmitgliedern neun zur KP; bei Opel in Rüsselsheim stieg in diesem Jahr die Anzahl der kommunistischen Betriebsräte von zwei auf elf (bei insgesamt 35 Betriebsratsmitgliedern); beim Hüttenwerk Salzgitter gehören von 32 Betriebsräten 16 zu einer oppositionellen kommunistischen Gruppe. Bei der Hamburger Hoch- und Straßenbahn AG. stellt die KP heute 11 v. H. (bisher keinen) von 31 Betriebsratsmitgliedern.

Die Vorbereitung zu dieser Entwicklung geht zurück auf die Jahreswende 1951/1952. Im November 1951, nach den niedersächsischen Landtagswahlen, bei denen eine neofaschistische Partei, die SRP, sich neu etabliert und recht viel Erfolg erzielt hatte, stellte die Bundesrepublik beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe den Antrag, die rechts-radikale SRP und gleichzeitig auch die links-radikale KP als verfassungswidrig zu erklären und aufzulösen. Acht Monate später wurde die SRP verboten. Das Urteil im Prozeß gegen die KP ist noch nicht gefällt. Es wird aber in den nächsten Wochen oder Monaten erwartet. Damals beschlossen die Kommunisten, das drohende Parteiverbot dadurch zu parieren, daß sie ihre Tätigkeit in den Betrieben und Gewerkschaften verschärften.

Bei der ersten Bundestagswahl im August 1946 konnten die Kommunisten noch 5,7 v. H. aller Stimmen auf sich vereinigen. Vier Jahre später, 1953, erhielten sie nur noch 2,2 v. H.; damit fielen sie der Fünf-Prozent-Klausel (Parteien, die weniger als 5 v. H. aller Stimmen auf sich vereinigen, haben nicht das Recht, Abgeordnete ins Parlament zu schicken) zum Opfer. Sie waren nicht mehr in der Lage, auch nur einen einzigen Abgeordneten in den Bonner Bundestag zu

entsenden. Seit diesem Fiasko nun konzentrierte die Partei ihre ganze Anstrengung auf die Betriebe. Mit der Devise: Gegen die Pariser Verträge und gegen die Remilitarisierung kämpfte sie seither systematisch und mit allen Mitteln um jeden einzelnen Betriebsratsvorsitzenden in der Industrie und in den Werken.

Der erste große Durchbruch gelang ihnen in der Dortmunder Hütte. Aber dieses Fanal ihres Erfolges wurde zum Warnungssignal. Als Anfang Januar in Bremen bei der Weser AG gewählt wurde, gelang es zum ersten Male seit fast vier Jahrzehnten, die Kommunisten aus dem Betriebsrat herauszuwählen. Die Gewerkschaften sind seither nicht müßig gewesen. Mitte Januar hat der Hauptvorstand der Gewerkschaft Bau, Steine, Erden den Bezirksvorstand, die Bezirksleitung und neun örtliche Verwaltungsstellen in Nordrhein-Westfalen wegen kommunistischer Unterwanderung in einer überraschenden Aktion aufgelöst. 25 hauptamtliche Funktionäre, von denen 15 Mitglieder der KP sind, sowie Hunderte von ehrenamtlichen Funktionären wurden bis auf eine Ausnahme fristlos aus ihren Ämtern entlassen. Diese Funktionäre vertraten etwa 40 000 der 50 000 Mitglieder des Bezirks Nordrhein-Westfalen. Der Erfolg in der Westfalen-Hütte wurde also den Kommunisten zum Verhängnis. Die Bürger wurden aus ihrer Gleichgültigkeit und ihrem falschen Sicherheitsgefühl aufgeschreckt und sind fest entschlossen, ihre Freiheit und die ihrer Mitmenschen in der Bundesrepublik zu verteidigen.

Marion Gräfin Dönhoff

Bericht aus Bombay

Wird Indien kommunistisch?

In der einstmals Aufsehen erregenden Berliner Inszenierung des dramatisierten «Schweijk» ließ Piscator den braven Soldaten auf einem rollenden Band vor der Kulisse einer kahlen Landschaft marschieren, um wohl auf drastische Weise die Hoffnungslosigkeit seines Erdenwallens zu zeigen. Man hat das Gefühl, daß in dieser Wintersaison in Neudelhi der rote Empfangsteppich, der früher nur für den Vizekönig und den Höchstkommmandierenden der bewaffneten Kräfte ausgebreitet wurde, nunmehr ebenfalls zum rollenden Band geworden ist, das hervorragende Besucher unaufhörlich heranbringt — die aber im Gegensatz zum traurigen Schweijk fröhlich, meist mit einem Panschila- oder Koexistenz-Gelöbnis auf den Lippen, auftreten. Das scheinbare Perpetuum mobile illustrierter Gäste dürfte zum mindesten ein Beweis dafür sein, daß die indische Republik die Reihe der Statisten auf der politischen Weltbühne verlassen hat und ein Chargenspieler mit der Anwartschaft auf Prominenz geworden ist. Ein Blick in das im Palast des Präsidenten der Republik aufliegende «Visitors' Book» belehrt, daß sich in den vergangenen Wochen der Kronprinz und Premierminister von Laos, die Könige von Saudi-Arabien und Nepal, Indonesiens Vize-Oberhaupt Dr. Hatta, Kanadas Außenminister Pearson, Bulganin und Chruschtschew, sowie Madame Sun Jat-sen eingetragen haben. Während dieser Bericht entsteht, rüstet der deutsche Vizekanzler Blücher zur Indienfahrt, und noch stehen auf der Liste die Kaiser von Abessinien und Iran.

Es ist kein Zweifel, daß die moskowitzischen Häupter die übrigen festlichen Empfänge in der Hauptstadt überschattet haben. Die drei Wochen, in denen sie den indischen Subkontinent geräuschvoll durchstreiften, haben den Westen aufhorchen lassen, und so fragt man sich dort, wie ihre Tiraden auf das Land gewirkt

haben. Sollte der Sowjetrusse gleichfalls auf eine Antwort warten, so würde man ihm in Indien erwidern:

«Nur eine Tamascha, lieber Towaritsch!»

Damit würde nämlich zum Ausdruck gebracht werden, daß für die Massen auf den Straßen, die sie passierten, oder auf den vielfachen Veranstaltungen alle diese Ereignisse eine «Tamascha» bedeuteten, d. h. auf Hindustani ein vergnügliches Unternehmen, bei dem man dabei gewesen sein muß. Man klatschte den russischen Kommunisten Beifall wie dem arabischen König, ohne daß man als wahrheitsgetreuer Reporter an Ort und Stelle einen besonderen Enthusiasmus des einfachen Volkes konstatieren konnte.

Der gebildete Mittelstand war über das Verhalten der beiden Russen wieder und wieder schockiert. Der kultivierte Inder konnte eben nicht verstehen, daß Gäste des Landes sich so provokatorisch aufführten. Die Presse — der beste Widerspiegel der vox populi — hat mit ihrer Meinung nicht zurückgehalten. Sie war sich darin einig, daß es an Beleidigung grenzte, wenn man Inder für so naiv hielt, ihre faustdicken Verdrehungen der Wahrheit zu schlucken. Aus der Fülle des vorliegenden Materials sollen nur zwei Proben zitiert werden. So schrieb am 16. 12. 55 die einflußreichste Zeitung des Südens *The Hindu*, in Madras: «... Indiens Ansichten (über den Russenbesuch) können sich nicht mit den Beschimpfungen des Herrn Chruschtschew, die sich auf den westlichen Imperialismus beziehen, identifizieren, schon deswegen nicht, weil das Vereinigte Königreich freiwillig seine Macht Indien, Burma und Ceylon übergeben hat... Der Westen könnte mit gleichem Recht die Sowjets ersuchen, die osteuropäischen Staaten, die nach dem Krieg in die russische Einflußsphäre gebracht worden sind, liberaler zu behandeln... Da die russischen Führer erklärten, die Kominform nicht aufzulösen, so vermag man ihrer spontanen Bestätigung des Prinzips friedlicher Koexistenz nur mit Skepsis zu begegnen, dies um so mehr, als sie nicht bereit sind, Nachrichten und Ideen von der Außenwelt nach Rußland gelangen zu lassen.» Das Blatt mit der umfangreichsten Auflage im Lande, die *Times of India* in Bombay, hat sogar in mehreren Artikeln Reden und Verhalten der Russen scharf kritisiert. So hieß es am 14. 12. 55: «... Als der Hagel von Taktlosigkeiten (shower of bricks) allerwärts (durch die Ansprachen der Russen) einsetzte, fühlte die indische Öffentlichkeit anfangs so etwas wie ein Unbehagen, das bald darauf einer Bestürzung Platz machte, um schließlich in Verlegenheit, Ärger und Entrüstung umzuschlagen.»

Wie verhielt sich die Regierung?

Für die Regierung war es schon schwieriger, sich dieser abgefeuerten Breitseiten zu erwehren, ohne ihre Würde und Pflichten als Gastgeber zu verletzen. Doch versicherten Dr. Radakrishnan und Nehru in offiziellen Kundgebungen den Russen, daß Indien stolz darauf wäre, seine Unabhängigkeit ohne die Anwendung von Gewalt erreicht zu haben. Und während Chruschtschew den erstaunten Burmesen eröffnete, die Engländer hätten auf ihrem Nacken gesessen, verkündete Nehru (am 5. 12. 55) im indischen Parlament, daß es von verschiedenen Gesichtspunkten aus, besonders auch im Interesse des Weltfriedens und der Zusammenarbeit zwischen unabhängigen Nationen, wünschenswert wäre, mit dem (britischen) Commonwealth of Nations verbunden zu sein. Er rühmte «die dynamische und wachsende Eigenart dieses Staatenbundes» und hoffte, daß in naher Zukunft die britische Kolonie «Goldküste» als erster afrikanischer Staat und vollberechtigtes Mitglied in den Commonwealth aufgenommen würde. Weiterhin sprach er in dieser einstündigen Rede über die bevorstehende, ähnliche Entwicklung der Kolonien Singapur und der Malaiischen Föderation. Der Hinweis auf die letztere ist deswegen bemerkenswert, weil dort seit acht Jahren kommunistische Rebellen

einen nun glücklicherweise absterbenden Terror ausgeübt haben, und in Kalkutta unterstrich er auf einem Fest für die Russen die freundschaftliche Zuneigung Indiens zu England. Am Ende der Reise scheint Chruschtschew immerhin wahrgenommen zu haben, daß er mit seinen oratorischen Hurarenritten den Indern auf die Nerven ging. Handelsminister T. T. Krishnamachari berichtete bei einem Besuch in Madras (am 31. Dezember) von einer bisher nicht bekannt gewordenen Unterhaltung mit Chruschtschew nach dem Abschiedsdiner in Neudelhi. Danach soll dieser Indien den folgenden Rat erteilt haben: «Gebt Eure Freunde unserer wegen nicht auf. Wir wollen ja selbst mit diesen Freundschaft halten. Aber wir sind nun einmal wie Kinder. Wenn jemand uns schlägt, schlagen wir prompt zurück, wie es eben ein Kind tut.» Darauf läßt sich nur sagen: «Vor Tische las man's anders.»

Der Abstecher der Russen nach Kaschmir, der soviel Staub im Westen und in Pakistan aufgewirbelt hat, wurde auf ihren Vorschlag hin unternommen, und die Regierung glaubte wohl, ihn nicht ablehnen zu können. Indiens durchaus korrekte und im Westen so oft verkannte Haltung zu diesem strittigen Problem geht aus einer Bemerkung des indischen Hochkommissars in Pakistan, C. C. Desai, hervor, die er Ende Dezember anlässlich eines Aufenthaltes in Lahore, der Hauptstadt der Provinz Punjab, gemacht hat: Indien würde auch weiterhin zu seinen in bezug auf Kaschmir eingegangenen Verpflichtungen stehen, und die Erklärungen der russischen Führer hätten in keiner Weise seine Haltung geändert. (Man darf daran erinnern, daß Indien sich nie gegen eine Volksabstimmung gewehrt hat. Es konnte sich mit Pakistan bis jetzt nur nicht über das Ausmaß der beiderseitigen Truppen während der Referendumperiode einigen.)

In Don Quichottes Nachbarschaft

Auf die russische Auslassung über Kaschmir folgte ihr Sermon über Goa. Selbst die auch in Amerika abfällig beurteilte Erwiderung von Dulles und dem portugiesischen Außenminister Cunha hat die indische Regierung nicht zu voreiligen Schritten veranlaßt. Nehru verhinderte sogar eine Parlamentsdebatte in der ersten Aufregung. Die Behauptung Cunhas, Portugal müßte in Indien als vorgeschobener Posten der Christenheit bleiben, wurde von Indien deshalb ignoriert, weil es einwandfreie Zeugen dafür hat, daß dieses Argument nichts anderes als der Vorwand eines totalitären Staates ist, dessen Diktator Dr. Salazar sich nicht den Luxus eines (vielleicht nicht einmal) unpopulären Rückzugs erlauben kann, wie ihn Großbritannien und Frankreich rechtzeitig angetreten haben.

Portugal hat auch nicht auf die wohlgemeinten Warnungen des Heiligen Stuhls reagiert. Auf dem Neujahrsempfang 1955 bei dem Präsidenten der Republik in Lissabon sprach der apostolische Nuntius als Doyen des diplomatischen Korps die Hoffnung aus, daß Portugal seiner Schwierigkeiten auf friedlichem Wege Herr werden möge, was man allgemein als einen Fingerzeig Roms in Hinsicht auf die Differenzen mit Indien auffaßte. Bombays Erzbischof, Valerian Kardinal Gracias, der selbst von Goanesen abstammt, hat im vergangenen Sommer persönlich dem Papst Bericht erstattet, der daraufhin Nehru auf seiner Rückreise von Moskau empfing. Pius XII. ist nicht umsonst, bevor er den päpstlichen Thron bestieg, Kardinalstaatssekretär gewesen, was mit andern Worten heißt, daß er in der großen Politik zu Hause ist. Er versicherte Nehru, daß es sich bei dem Goa-Konflikt um einen rein politischen handelte! Doch selbst diese eindeutige Kennzeichnung von allerhöchster kirchlicher Autorität hält Dr. Salazar nicht ab, sich den Kreuzrittermantel um die Schultern zu legen. Don Quichottes Heimat liegt nicht weit von Lissabon entfernt... Auch Portugals Appell an den Haager Schiedshof sieht Indien mit ruhiger Zuversicht entgegen.

Religiosität — Bollwerk gegen Kommunismus

Indien war natürlich über die bis auf wenige Ausnahmen ablehnende Einstellung der westlichen Presse während der Russenvisite enttäuscht. Trotzdem hielt es sich in der Kritik zurück, in der Hoffnung, die sich erfüllt hat, daß nämlich auch der Westen einsehen würde, wie wenig Indien daran denkt, mit fliegenden Fahnen in das Sowjetlager einzuschwenken oder sich nach den Weisungen der Weisen aus Moskau zu richten. Man registrierte mit einer gewissen und dankbaren Genugtuung, daß der englische Quäker Horace Alexander, der in Indien viel Gutes für die Flüchtlinge aus Pakistan in jahrelanger Arbeit geleistet hat, als Ankläger gegen die britische Presse in einem viel beachteten und häufig zitierten Artikel der Dezember-Nummer der Quäkerzeitschrift *Friend* auftrat. Er nahm sich in dem sehr ausführlichen Aufsatz einige englische Blätter, darunter die «Times», vor und wies ihnen Punkt für Punkt mangelhafte und einseitig gefärbte Berichterstattung über den Russenbesuch und Indiens Verhalten zu diesem nach.

Nehru hat sich in den letzten Dezembertagen des vergangenen Jahres in Südindien wieder einmal scharf gegen die indischen Kommunisten und die Sowjets gewandt. So vorsichtig man mit Voraussagen in der Politik sein soll, man kann mit einiger Bestimmtheit damit rechnen, daß bei den nächsten Wahlen Anfang 1957 die indischen Kommunisten weiter verlieren werden, nachdem sie bei den Wahlen im Staate Andhra schon beträchtliche Einbuße erlitten hatten. Auch damals, im Frühjahr 1955, hatte Nehru sehr aktiv in den Wahlkampf eingegriffen. Daher läßt sich die in der Überschrift dieses Berichts gestellte Frage nach bestem Wissen und Gewissen verneinen und eindeutig dahin beantworten: Indien wird nicht kommunistisch werden! Zu seiner immer zunehmenden politischen Einsicht und Erfahrung kommt seine ausgesprochen, tiefinnerliche Religiosität, gleichgültig ob es sich um Hindus, Jains, Mohammedaner, Parsen oder Christen handelt. Der Westen könnte keinen schlimmeren Fehler begehen, als Indien die zu seinem Aufbau notwendige Hilfe zu versagen, aus Angst davor, daß es bald der kommunistischen Interessensphäre verfallen würde.

Ernst Schäffer